

Ingeborg Stahr

**Der Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen in NRW –
drei Phasen seiner Entwicklung**

**In: Schlüter, Anne (Hrsg.): Was eine Frau umtreibt
Frauen in Geschichte und Gesellschaft, 24
Pfaffenweiler, Centaurus 1990
S. 27 - 39**

Der Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen in NRW - drei Phasen seiner Entwicklung

Ingeborg Stahr

Dem Arbeitskreis Wissenschaftlerinnen in NRW (AKWiss) kommt in dieser Festschrift ein besonderer Stellenwert zu. Denn mit dem 50. Geburtstag von Sigrid Metz-Göckel feiern wir gleichzeitig das zehnjährige Bestehen dieses Arbeitskreises. Beide - Jubilarin und Jubilar - sind inzwischen zu zentralen Bestimmungsgrößen in der bundesdeutschen und vor allem nordrhein-westfälischen Frauenforschung und Frauenpolitik geworden und sind gleichzeitig untrennbar miteinander verbunden: Sigrid als Initiatorin, Gründungsmutter und ständige Triebfeder des Wissenschaftlerinnen-Arbeitskreises, und der Arbeitskreis als Basisnetzwerk für eine Wissenschaftspolitik, die ihr Selbstverständnis aus der neuen Frauenbewegung der 68er-Generation bezieht, und die auch Sigrids Bildungsbiographie und Überzeugung markiert.

Im Folgenden möchte ich die Entwicklung des Wissenschaftlerinnen-Arbeitskreises in drei Phasen beschreiben, so, wie sie sich für mich über die Jahre darstellen. Eine ganze Reihe Details fehlen sicherlich in dieser Aufarbeitung, doch kam es mir vor allem darauf an, die allgemeinen Handlungsstrukturen deutlich zu machen, die sich im Laufe der Jahre herauskristallisiert haben. Hieraus mag sich vielleicht auch eine Hilfestellung für andere Arbeitskreise ableiten lassen. Vor allem jedoch war mit dem Schreiben an diesem Aufsatz die Erkenntnis verbunden, daß der Arbeitskreis inzwischen zu einem Stück gemeinsamer Geschichte geworden ist, die uns als Wissenschaftlerinnen und Persönlichkeiten im politischen und universitären Alltag handlungsfähig und selbstbewußt gemacht haben.

Die Höhepunkte der verschiedenen Phasen sind jeweils durch das Erscheinen unserer zentralen Schriftstücke gekennzeichnet, nämlich dem ersten (1981) und zweiten Memorandum (1984) sowie dem Hochschulmanifest, das 1988 als Entwurf entstand.

1. Erste Phase: Wissenschaftlerinnen im Aufbruch (Periode etwa von 1980 - 1983)

1.1 Entstehung und struktureller Aufbau

Die Geburtsstunde des Wissenschaftlerinnen-Arbeitskreises war im Januar 1980, als sich auf Einladung von Sigrid Metz-Göckel in Dortmund erstmals eine Gruppe von ca. 70 Wissenschaftlerinnen verschiedener Hochschulen und Fakultäten aus ganz Nordrhein-Westfalen trafen. Für viele Kolleginnen - wie auch für mich selbst - hatte dieses Treffen eine Schlüsselfunktion für weitere berufliche und persönliche Entwicklungen. Was zunächst keine der Anwesenden so recht wahrhaben wollte,

wurde in den zahlreichen Erfahrungsberichten und Selbstdarstellungen offenbar: Frauen kommen in der Wissenschaft kaum vor, weder als Subjekte im Wissenschaftsbetrieb noch als Objekte von Forschung und Lehre.

Sichtbar wurden Formen der Diskriminierung, Benachteiligung und Behinderung von Frauen, die in ihrem kollektiven Ausmaß erst durch dieses Treffen und dem gemeinsamen Erfahrungsaustausch bewußt wurden. Wissenschaftlerinnen schilderten, wie sie aufgrund von Schwangerschaft aus dem Forschungsprozeß ausgegrenzt wurden, ihnen wegen ihres Geschlechts wissenschaftliche Kompetenzen abgesprochen, Qualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten verwehrt, der Zugang zu Publikationsorganen und Forschungsmitteln erschwert und die Mitwirkung in Gremien und Entscheidungspositionen verhindert wurden. Vielen Frauen wurde jetzt erst bewußt, daß sie keine oder kaum eine weibliche Kollegin hatten. Aus dem Gewährwerden dieser alltäglichen Erfahrungen erwachsen ein Protestpotential und ein Tatendrang, die nicht nur die grundlegenden Impulse für die Erstellung unseres ersten Memorandums (1981) gaben, sondern die Basis für eine nunmehr zehnjährige lebendige und überzeugende AK-Arbeit wurden. Ausgehend von diesem ersten Dortmunder Treffen entstand ab 1980 ein breit gefächertes Frauen-Kontakt-

netz. Innerhalb kurzer Zeit gehörten ihm Wissenschaftlerinnen von allen nordrhein-westfälischen Hochschulen an, und es erfaßte weit über hundert Kontaktadressen. Heute ist der Kreis aktueller Kontaktmitglieder ca. auf 400 Frauen angestiegen und geht weit über den nordrhein-westfälischen Einzugsbereich hinaus. Eine Gruppe von ca. 40 Frauen bildet den Kern aktiv tätiger Frauen, die sich ungefähr einmal im Monat am Hochschuldidaktischen Zentrum (HDZ) in Dortmund trifft, um die aktuelle Lage zu besprechen, Informationen auszutauschen und weitere Handlungsschritte zu formulieren. Der Arbeitskreis ist zu einer Selbsthilfeinitiative von Wissenschaftlerinnen geworden, die sich über Fach-, Status-, regionale, partei- und vereinspolitische Grenzen hinweg für die Verbesserung der Situation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb einsetzt.

Obwohl der Hochschulort für die Arbeitskreistreffen anfangs häufiger wechselte, um Frauen aus den verschiedenen Regionen des Landes die Teilnahme zu erleichtern, erwies sich Dortmund dauerhaft als der geeignetste Ort. Das hing nicht nur mit der für Nordrhein-Westfalen verkehrsmäßig günstigen Lage der Stadt zusammen, sondern trug auch dem Umstand Rechnung, daß von Sigrid die zentralen Impulse für eine kontinuierliche und konstruktive Arbeit des Arbeitskreises ausgingen. Sie brachte nicht nur die neuesten Informationen über Entwicklungen in der Wissenschafts- und Frauenpolitik ein, sondern stellte auch den ihr als Professorin und HDZ-Leiterin zur Verfügung stehenden organisatorischen Apparat für die Abwicklung des Schriftverkehrs bereit. Dies hat sich bis heute nicht wesentlich geändert.

1.2 Zielsetzung und Selbstverständnis

Die grundlegende Zielsetzung und das Selbstverständnis des Arbeitskreises schälte sich erst allmählich aus den vielfältigen Anregungen und zahlreichen Diskussionen um die Konzeption und die Inhalte des ersten Memorandums heraus. So war es beispielsweise keineswegs von Anfang an klar, daß der Arbeitskreis vorrangig die Interessen von Wissenschaftlerinnen vertreten würde. Gerade um die Gemeinsamkeit mit anderen Frauengruppierungen zu dokumentieren, wurden Überlegungen angestellt, ob wir nicht andere Hochschulfrauen wie die Studentinnen und die Frauen in den technischen Labors und in der Verwaltung, aber auch außeruniversitäre Frauen-Initiativen miteinbeziehen sollten.

Allerdings erschien uns dies schließlich doch als ein zu weitreichendes Unterfangen, zumal wir nur an unsere Erfahrungen als Wissenschaftlerinnen anknüpfen konnten.

Es ergab sich daraufhin recht schnell eine grundlegende Formel für das Selbstverständnis des Arbeitskreises: "Um die Diskriminierung von Wissenschaftlerinnen an Hochschulen aufzuheben, fordert der Arbeitskreis der Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen Nordrhein-Westfalens die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Frauen an Hochschulen und die Erhöhung des Frauenanteils am wissenschaftlichen Personal an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen." (MEMO I 1981, S. 5) Doch wie konnten wir eine Erhöhung des Frauenanteils fordern, wenn nicht einmal statistische Daten zur geschlechtsspezifischen Verteilung des wissenschaftlichen Personals vorlagen. Wir wälzten in mühevoller Kleinarbeit sämtliche Vorlesungsverzeichnisse nordrhein-westfälischer Hochschulen und stellten aus den Personalverzeichnissen entsprechende Zahlen zusammen. Dieses Datenmaterial war die Grundlage für unsere allgemeinen Forderungen nach Quotierung, Aktionsprogrammen, kontrollierenden Kommissionen und geschlechtsparitätischer Besetzung von Berufungskommissionen. Da sich die Situation von Müttern in der Wissenschaft aufgrund der parallel verlaufenden Qualifizierungsphase als besonders problematisch erweist, formulierten wir spezielle Forderungen, die vor allem die Verlängerung der Beschäftigungszeiten von Müttern und eine Aufhebung der Altersgrenzen bei Einstellung und Beförderung beinhalteten.

Die Förderung von Frauenforschung und Frauenstudien, Weiterbildungs- und Wiedereingliederungsmöglichkeiten für Frauen an der Hochschule wurden auch im ersten Memorandum bereits als Forderungen erwähnt, doch gewannen sie erst im Laufe der darauffolgenden Jahre stärker an Bedeutung.

In der Auseinandersetzung mit unserer eigenen Beschäftigungssituation gerieten wir bei der Formulierung der Forderungen in vielfältige Widersprüche, die uns nicht nur in kritische Distanz zu traditionell konservativen Positionen, sondern auch allgemeinen Grundsatzpositionen der Gewerkschaften zur Beschäftigungspolitik brachten. Weder das typische männliche Karrieremuster einer 40-60-Stunden-Woche noch der familiäre Rückzug aus der Wissenschaft konnten die Alternative sein. Wenn wir heute von der Freiheit der Entscheidung für Beruf und Familie sprechen, so klingt diese Forderung selbstverständlich und selbstbewußt. Doch

wenn wir uns zurückbesinnen, so mag manche von uns sich daran erinnern, wie wir uns selbst erst von alten Denkgewohnheiten und patriarchalen Lebensmustern lösen mußten, um der Vorstellung neuer Lebensformen, die beides miteinander verbinden - Familie und Wissenschaft - Raum, Überzeugungskraft und praktisch-politischen Umsetzungswillen zu geben.

1.3 Organisation - soziales Klima

Entscheidend für eine erfolgreiche Frauenpolitik und ein sich gegenseitig persönlich und politisch stärkendes Selbstbewußtsein, war der Netzwerkcharakter des Arbeitskreises, der Frauen aus verschiedenen Hochschulen landesweit miteinander verband. Daneben bildeten sich hochschulbezogene Arbeitsgruppen, die regionale Frauenförderaktivitäten entwickelten.

In jeder Hochschule gibt es seitdem eine Kontaktfrau, die ständig Verbindung zum Wissenschaftlerinnen-Arbeitskreis hält und Informationen, z.B. über Stellenausschreibungen, politische Gespräche und hochschulpolitische Entwicklungen weitergibt.

Dieses landesweite Kooperationsnetz von Wissenschaftlerinnen war bis dahin in der Bundesrepublik einmalig. Im Laufe der Jahre gewann der Arbeitskreis zunehmend an politischem Einfluß. Nach seinem Vorbild entstanden nach und nach auch in anderen Landesteilen der Bundesrepublik Wissenschaftlerinnen-Arbeitskreise.

Die Zähigkeit und Überzeugungskraft, mit der der Arbeitskreis weiterarbeitete und sich seine Politik durchsetzte, war für Außenstehende z.T. ein Phänomen. Es erzeugte Erstaunen, daß wir weder eine Vereinsatzung noch andere institutionalisierte Rahmenbedingungen besaßen.

Dies erwies sich als Problem und Vorzug zugleich. Ein Problem war es, weil wir im Verlauf der Gespräche mit offiziellen Vertretern und Vertreterinnen von Ministerien, Parteien und Gewerkschaften keine gewählte Vertreterin benennen konnten und in politischen Verhandlungen ein formeller Vertretungsausspruch für eine fest umrissene, beitragszahlende Mitgliedergruppe nicht existierte. Anders als berufsständische Vereinigungen traten wir u.a. deshalb zu offiziellen politischen Gesprächen immer in Gruppen mit Vertreterinnen verschiedener Hochschulen auf. Ähnlich verfahren wir bei offiziellen Briefwechseln, die nicht nur von einer Vertreterin, sondern mehreren Frauen unterschrieben wurden. Die Vorbehalte in Parteien und Ministerien gegen diese Form der Organisation lösten sich auf, als deutlich wurde, daß Sigrid Metz-Göckel als gestandene Professorin und politisch engagierte Wissenschaftlerin eine gewisse Kontinuität und Verantwortlichkeit für die Arbeit des AK gewährleistete. Die Organisationsform als Arbeitskreis blieb allerdings dort problematisch, wo er als Träger für die Beantragung von Drittmittelprojekten und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen diskutiert wurde, da entsprechende Mittel nur an Institutionen vergeben werden.

Auf der anderen Seite konnten wir uns durch die nichtinstitutionalisierte Form des AK's eine gewisse Autonomie bewahren und der AK blieb offen für neue Frauen und ihre Ideen. Außerdem ist aufgrund der Kurzzeitigkeit der Verträge die

Fluktuation unter den Wissenschaftlerinnen sehr groß. Organisationsformen wie Verbände und Vereine haben einen größeren Verbindlichkeitsgrad als ein Arbeitskreis und können dieser Situation deshalb nicht so gut gerecht werden. Notwendig bleibt allerdings ein "harter Kern" von Frauen, der dem AK Stabilität und Kontinuität verleiht.

Entscheidend für den Zusammenhalt der AK-Mitglieder war weiterhin ein soziales Klima, das einmal getragen wurde von einer Motivation kollektiver Selbstbetroffenheit, Wut und Ärger über die erfahrenen Benachteiligungen im Wissenschaftsbetrieb und zum anderen von einer Stimmung der Kooperation und Fürsorge untereinander. Was Außenstehende immer wieder in Erstaunen versetzte, ist die Energie und konstruktive Schaffenskraft, mit der die AK-Mitglieder ihr Ziel verfolgten. Sie speiste sich nicht aus der äußeren Zuweisung von Tätigkeiten, sondern geschah in einer Art Selbstverpflichtung je nach eigener Arbeitskapazität und eigenen Möglichkeiten. Es wurde und wird Wert darauf gelegt, daß "neue" Frauen immer positiv aufgenommen und in die Arbeit miteinbezogen werden und die Kontakte zu "alten" Frauen, die ihre Aktivitäten (vorübergehend) einschränken müssen, selten abreißen. Trotz unterschiedlichen Engagements gibt es so etwas wie eine "gemeinsame politische Moral", die dazu führte, daß der AK sich - unabhängig vom tatsächlichen Engagement einzelner Frauen - für eine breite feministische Interessenvertretung von Frauen einsetzte. Nicht zuletzt war und ist diese Atmosphäre auch auf Sigrids unermüdlige Arbeit, immer wieder ermutigende und aufmunternde Worte und integrative Kraft zurückzuführen, eine Atmosphäre, die sie wie ein Charisma umgibt.

1.4 Handlungsstrategien

Die erste Phase des Wissenschaftlerinnen-Arbeitskreis war gekennzeichnet von einer Stimmung des Aufbruchs und der Betonung einer gemeinsamen Handlungsorientierung. Unterschiede zwischen den Frauen, ihrer beruflichen Position, fachlichen Zugehörigkeit und regionalen Eingebundenheit wurden nicht übersehen, sondern positiv zur Umsetzung politischer Ziele eingesetzt. So fanden Professorinnen in den Ministerien eher Gehör als wissenschaftliche Mitarbeiterinnen. Frauen, die sowohl im AK als auch Mitglied in anderen Organisationen (wie Parteien, Gewerkschaften, Personalräten, Akademikerinnenbund und anderen Frauenvereinigungen) waren, konnten dort AK-Positionen überzeugender vertreten und durchsetzen als Nichtmitglieder. Die Vereinigung von Mitgliedschaften, Ämtern und Funktionen in einer Person erwies sich hier als Vorteil für die Durchsetzung und Verbreitung der politischen Forderungen. Es waren AK-Frauen, die die erste Frauentagung der GEW initiierten, den Akademikerinnenbund mit der Übernahme der AK-Forderungen aus seinem "politischen Tiefschlaf" weckte, daraufhinwirkte, daß die Personalräte begannen, sich mit dem Thema Frauenförderung zu befassen, und Frauen in den Parteien darauf aufmerksam machten, daß sie genauso unterrepräsentiert waren, wie wir und sie dazu veranlaßten, sich mit uns zu solidarisieren.

Doch war dies nicht die einzige Handlungsebene, die sich bereits in dieser ersten Phase der AK-Arbeit als wirksame politische Strategie herauskristallisierte. Hinzu kam eine extensive Öffentlichkeitsarbeit, die ihre Höhepunkte in der öffentlichen Präsentation unseres I. und II. Memorandums hatte. Die Aktivitäten hatten sich so weit verzweigt und intensiviert, daß wir zur Verbreitung und Information im Frühjahr 1981 unser erstes "WissenschaftlerInnen-Info" herausgaben, was daraufhin in unregelmäßigen Abständen weiter erschien.

Es folgten die Teilnahme an Vorträgen, Podiumsdiskussionen und Tagungen, über die in der öffentlichen und verbands- bzw. fachinternen Presse berichtet wurde. Es wurden politische Gespräche mit Abgeordneten des Landtages von NRW, dem damaligen Wissenschaftsminister Schwiery, VertreterInnen der Bundesregierung und anderen politischen FunktionsträgerInnen geführt. Neben dem Verfassen öffentlicher Briefe, Stellungnahmen zur Neufassung des Landeshochschulgesetzes und zur Überleitungspraxis wurden AK-Mitglieder auch auf hochschulpolitischer Ebene, z.B. in Hochschulgremien und Arbeitskreisen aktiv. Die Anfangsperiode des WissenschaftlerInnen-Arbeitskreises war also nicht nur durch eine Stimmung des Aufbruchs und des Erkennens kollektiver Betroffenheit nach innen gekennzeichnet, sondern es war auch eine Phase der Sensibilisierung nach außen, d.h. der hochschulinternen und politischen Öffentlichkeit. Die Erfahrung gemeinsamer Aktionen, das gegenseitige Verständnis füreinander und die Erfahrung, endlich politisch Gehör zu bekommen, machte uns hoffnungsvoll und gab uns neue Energie.

2. Zweite Phase: Zwischen Resignation und Richtungswechsel (Periode etwa von 1983 - 1985)

2.1 Stimmungswechsel

Unsere Aufbruchsstimmung, die im MEMO I ihren Höhepunkt gefunden hatte, erfuhr in den darauffolgenden Jahren reichlich an Ernüchterung und erreichte in der Erstellung des zweiten Memorandums ihren Tiefpunkt. Nachdem aufgrund unserer zahlreichen Aktivitäten die Öffentlichkeit und die Landesregierung über die verheerende Situation der WissenschaftlerInnen informiert war, mußte doch etwas geschehen! Wie konnte eine Regierung, die den Gleichstellungsgrundsatz des Grundgesetzes ernstnahm, tatenlos zusehen, daß die wenigen Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb noch weiter vertrieben wurden? Denn allmählich hatte sich die hochschulpolitische Situation weiter zugespitzt. Wir waren empört und fühlten uns machtlos zugleich. Schon im Vorfeld der dritten HRG-Novelle vom 14.11.1985 fanden in den Hochschulen massive personelle und strukturelle Veränderungen statt. Die Überleitung in eine neue Personalstruktur, die Verschiebung von Personalstellen aus dem sozialwissenschaftlichen in den technischen Bereich führten vor allem zur Ausgrenzung von Frauen. Immer häufiger ereilte uns die Nachricht vom plötzlichen Ausscheiden einer Kollegin und wir versuchten dies durch öffentlichen Protest oder Aufnahme politischer Kontakte zu verhindern. Doch hatten wir den

Eindruck, ständig mit unseren Aktivitäten "zu spät zu kommen"; wir hatten nicht mehr das Gefühl zu agieren, sondern zu reagieren.

Innerhalb von vier Jahren wechselte der Wissenschaftsminister drei Mal; führten wir unser erstes Gespräch noch mit Minister Jochimsen, waren es später Schwier und Krumsiek. Das Bedrückende war, daß wir den Eindruck hatten, nach jedem Ministerwechsel wieder von vorne beginnen zu müssen. Wir machten unsere "Aufwartung" im Ministerium und "sagten unser Sprüchlein auf"! Unsere Forderungen hatten sich nicht grundlegend verändert, aber die Situation der Wissenschaftlerinnen wurde zunehmend schlechter, weil nichts geschah! Unsere anfängliche Aufbruchstimmung hatte einen Hang zur Resignation bekommen. In unserem zweiten Memorandum, das den Höhepunkt dieser Phase kennzeichnet, gingen wir mit den politischen Entscheidungsinstanzen "hart ins Gericht". Die Widerstände gegen eine Politik der Gleichstellung wurden dabei keineswegs nur der neokonservativen Politik der Bundesregierung, sondern auch der nordrhein-westfälischen Sozialdemokratie angekreidet (MEMO II 1984, S. 10).

Die Situation für die Frauen war verheerend. Obwohl Frauen angesichts der Bildungsexpansion in den 70er Jahren endlich den formalen Qualifikationshintergrund hatten, der ihnen erstmals die Möglichkeit gab, am Wissenschaftsprozeß nicht nur am Rande teilzunehmen, sondern ihn mitzugestalten und zu steuern. "Aktuelles Faktum aber ist, daß den Frauen unter den Zeichen einer vermeintlichen 'Strukturpolitik' diese Chance grundsätzlich genommen wird." (Dass., S. 6)

Außerdem war der Frauenanteil bei den studierwilligen Frauen alarmierend gesunken. Auf die Zukunft projiziert hieß das, daß das Studium wieder stärker zu einer männlichen Domäne werden würde. Besonders Studiengänge mit einem relativ hohen Frauenanteil z.B. Sozialwissenschaften und Pädagogik, mußten verstärkt in die Arbeitslosigkeit führen. Die Mittelkürzungen im Hochschulbereich liefen darauf hinaus, Frauen aus der Wissenschaft zu verdrängen, denn kaum eine Frau hatte eine unbefristete Stelle. Für die wenigen Frauen, die unbefristet "drin waren" bedeutete das eine zunehmende Isolierung. (Dass., S. 6)

Und schließlich wurde kritisiert, daß immer mehr gesellschaftliche Interessenten richtungsweisende Aussagen über den Forschungsgegenstand "Frau" machten, die beschwichtigend wirkten, während kritische feministische Wissenschaftlerinnen mit einer finanziellen Förderung nicht rechnen konnten. (Dass., S. 7)

Resümierend wird festgestellt: "Unsere Arbeit (hat) die 'große Linie' der frauenfeindlichen Hochschul- und Wirtschaftspolitik in keinerlei Weise verändert ..." Ein neues Anti-Diskriminierungsgesetz auf bundespolitischer Ebene stünde nicht mehr zur Diskussion, und die beruflichen Qualifikationen von Frauen seien unter den derzeitigen polit-ökonomischen Bedingungen ohnehin nicht mehr gefragt. (Dass. 1984, S. 9) Immerhin kleine Erfolge waren zu verzeichnen (vgl. Dass., S. 10 f), doch konnten sie unseren Gesamteindruck, das Gefühl der Ohnmacht, der Überforderung und des Schweigens kaum relativieren. Der Einsatz an Kraft, Zeit und Energie, den wir im Laufe von vier Jahren AK-Arbeit neben unserer wissenschaftlichen Tätigkeit "ehrenamtlich" aufgebracht hatten, stand in keinem Verhältnis zum geringen Erfolg. Wollten wir nicht resignieren, mußten wir einen Richtungswech-

sel bzw. eine Akzentverschiebung in unserer AK-Arbeit vollziehen, die auf längere Sicht hin betrachtet, zu einer fruchtbaren Ergänzung unserer Handlungsstrategien und Zielsetzungen führen sollte.

2.2 Richtungswechsel

Die Probleme, die durch die Hochschulstrukturveränderungen noch zusätzlich auf uns zukamen, waren so massiv, daß wir oft nur noch kurzfristig reagieren konnten, um das Schlimmste zu verhindern. Anstelle einer übergreifenden politischen Handlungsstrategie entwickelten sich z.T. verschiedene Formen der Einzelfallhilfe. So versuchten wir z.B. auf politisch-informellem Wege, durch spektakuläre Aktionen in den Hochschulen oder Briefe an Ministerien, Hochschulleitungen, Dekane und Fachbereichsräte zu bewirken, daß einzelne Frauen weiterbeschäftigt wurden, wenn ihre Verträge ausliefen, daß sie bei Überleitungsverfahren nicht diskriminiert wurden oder im Falle einer Schwangerschaft nicht das Assistentenverhältnis mit fadenscheinigen Begründungen widerrufen wurde. Oft mußten sehr kurzfristig Entscheidungen gefällt werden. Zu diesem Zweck bildeten wir Telefonrundruffketten, die eine gegenseitige Abstimmung über die Vorgehensweise ermöglichten und klären sollten, wer die Aktion in die Hand nimmt. In solchen Fällen konnte die Verständigung mit den anderen AK-Mitgliedern erst auf dem folgenden Treffen stattfinden.

Neben dieser Form der Einzelfallhilfe, gab es auch eine nicht- öffentliche Form der gegenseitigen Hilfestellung, z.B. wenn eine Frau ernsthaft krank wurde oder einen Selbstmordversuch unternommen hatte. Der existentielle und psychische Druck, der auf den Kolleginnen vielfach lastete, war nicht zu übersehen! Doch die langfristige AK-Arbeit hatte uns auch "zusammengeschweißt", uns die Erfahrung ermöglicht, daß es andere gab, die in einer ähnlichen Lage waren, eine Erfahrung, die uns viel Kraft gab und es möglich machte, einen Teil dieses psychischen Drucks in konstruktive Bahnen zur hochschulpolitischen und wissenschaftsimmanenten Umgestaltung zu lenken.

Es wäre allerdings einseitig und verkürzt, die Funktion des Wissenschaftlerinnen-Arbeitskreises nur in seiner hochschulpolitischen und sozialpsychologischen Bedeutung zu sehen. Denn seit 1982 haben wir neben den monatlich stattfindenden AK-Treffen ein bis zweimal jährlich auch Symposien durchgeführt, die uns einem gemeinsamen wissenschaftlichen Austausch näherbringen sollten. Unter dem Motto "Kooperation statt Konkurrenz" trafen wir uns in lockerer Runde, um einmal ins "Unreine" die wissenschaftlichen Fragestellungen und Gedanken weiterspinnen zu können, die uns bewegten.

In der Einladung zu unserem ersten Symposium schrieb Sigrid: "... wir wollen einen ganzheitlichen Versuch machen, wissenschaftlich und menschlich miteinander umzugehen und dabei unsere Erkenntnisse vertiefen. Es soll nicht darum gehen, daß einige expertenhaft den anderen etwas vormachen, daß sich eine als die Beste darstellt. Wohl aber soll es darum gehen, in unzensurierter und lockerer Weise

weiterzudenken, an Stellen, an denen wir oft stocken, die uns unklar geblieben sind." (INFO 2, 1982, S. 82)

Das, was uns anfangs am meisten beschäftigte, war die Suche nach wissenschaftlichen Erklärungen für unsere eigene Situation, d.h. die historischen, gesellschaftlichen und sozialpsychologischen Bedingungen für die Vertreibung der Frauen aus der Hochschule. Wir stellten uns aber auch die Frage nach den methodischen und wissenschaftstheoretischen Postulaten einer kritischen und feministischen Frauenforschung. Die aus diesem Kontext gewonnenen Forschungsergebnisse gingen in unser zweites Memorandum ein.

Die Symposien hatten eine wichtige Funktion für die Frauen und den Zusammenhalt des AK. Sie gaben nicht nur die Möglichkeit, einmal offen und unzensiert - quasi quer zum traditionellen Wissenschaftssystem - zu denken, sondern sie hatten auch einen wesentlichen kompensatorischen Effekt für die AK-Arbeit, um nicht im politisch-strategischen Kleinkampf um Arbeitsplatzsicherung und Abbau von Diskriminierung zu versinken. Schließlich bestand der AK aus hochqualifizierten Frauen unterschiedlichster Fachdisziplinen! Das war eine große Chance für eine interdisziplinär und multidisziplinär angelegte Frauenforschung.

Nach unseren spärlichen Erfolgen, die wir bis zu unserem zweiten Memorandum erreicht hatten, griffen wir diesen Gedanken an eigene interdisziplinär angelegte Forschungen wieder stärker auf. Hinzu kam die Überlegung, was denn mit den Wissenschaftlerinnen geschehen würde, die die Hochschulen verlassen mußten, weil ihre Verträge ausliefen. Es entwickelte sich daraufhin eine neue Handlungsstrategie der Institutionalisierung von Frauenforschung. 1985 gründeten Mitgliedsfrauen des AK den Verein "Wissenschaft und Frauenbewegung", der jetzt nicht mehr nur nordrhein- westfälische Wissenschaftlerinnen ansprechen, sondern bundesweit wirksam werden sollte. Vor allem sollte mit dieser Vereinsgründung, zu deren wichtigstem Ziel der Aufbau eines außeruniversitären Frauenforschungsinstituts gehört, dem anfangs erwähnten Institutionalisierungsproblem des AK begegnet werden und erwerbslosen Wissenschaftlerinnen aller Disziplinen ein institutioneller Rahmen für die Beantragung von Drittmitteln gegeben werden. Außerdem reizte uns die Idee, daß ein autonomes Frauenforschungsinstitut vielleicht die Möglichkeit haben würde, Frauenforschung wirklich i.S. einer kritischen, feministischen Forschung zu betreiben. Dieser Gedanke war außerordentlich verlockend und setzte neue Energien und Ideen frei.

Trotz dieses vorübergehenden Richtungswechsels in unseren Handlungsstrategien, verloren wir unsere primären Ziele einer Veränderung der öffentlichen Forschungs- und Hochschulpolitik im Interesse einer Förderung von Frauen nicht aus dem Auge. Doch so recht begann sich auf landespolitischer Ebene erst etwas in Richtung Gleichstellungspolitik zu bewegen, als die Überleitungsverfahren abgeschlossen, die dritte HRG-Novelle in Kraft, die PH-Integration vollzogen, das wissenschaftliche Personal in den Sozialwissenschaften erheblich ausgedünnt worden war und das Wissenschaftsministerium in NRW von einer Frau übernommen wurde.

3. Phase: Zwischen Kooperation und Konkurrenz (Periode etwa von 1985 - 1989)

3.1 Anerkennung

Auch Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung von NRW machten wir unsere Aufwartung im Februar 1986, diesmal selbstbewußter und hoffnungsvoller als bei ihren Vorgängern. Die öffentliche Meinung und das politische Klima gegenüber einer Frauenförderungs politik hatte sich inzwischen - weniger mit Bezug auf den Wissenschaftsbetrieb - geändert. Bereits 1985 hatte der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW ein Frauenförderungskonzept für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erlassen (Rd.-Erl.d.MAGS vom 08.05.1985). In verschiedenen Ministerien wurden Frauenbeauftragte eingesetzt und Ilse Ridder-Melchers trat im Winter 1985 das Amt als Parlamentarische Staatssekretärin für die Gleichstellung von Frau und Mann mit einem Stab von 12 MitarbeiterInnen an.

Trotz dieser Entwicklungen waren die ersten Erfahrungen nach Amtsantritt der neuen Wissenschaftsministerin eher ernüchternd. So heißt es in unserem Protokoll über das Gespräch mit Anke Brunn am 03.02.1986: "Außer einigen vagen Absichtserklärungen, daß sie die ihr unterbreiteten Probleme in ihren Gesprächen mit den einzelnen Hochschulen aufgreifen werde, formulierte sie vage, sie habe "keine Rezeptur für das Problem" und die "Logik des Systems" sei nicht darauf angelegt, ihm Rechnung zu tragen. (Protokoll vom 03.02.1986, INFO 7, 1986, S. 4)

Immerhin waren wir in unserem politischen Diskurs mit den einschlägigen Stellen an einem Punkt angelangt, an dem wir als fach- und sachkompetente Gesprächspartnerinnen anerkannt wurden. Nicht zuletzt ist dies auch Sigrid zu verdanken, die durch ihren unermüdlichen Einsatz und aus einer Haltung der konstruktiven Kritik an der Wissenschaftspolitik der Landesregierung unsere Forderungen immer wieder vor Ort eingebracht hat. Den kontinuierlichen Dialog, der inzwischen mit dem Ministerium (vgl. Briefwechsel INFO 6, 1985, S. 21 - 32) aufgenommen worden war, aber auch die regelmäßigen Gespräche des AK mit Vertretern des Wissenschaftsausschusses im Landtag sowie Kontakte zu verschiedenen weiblichen Angeordneten, schuf ein wachsendes Problembewußtsein bei der Landesregierung. Am 25.06.1986 gab die Ministerin einen Erlaß mit "Grundsätzen über Frauenförderung an den Hochschulen" heraus.

Doch Ansätze für grundsätzlichere Strukturveränderungen im Hochschulbereich haben sich erst durch das Benda-Gutachten 1987 und die vierte Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG vom 09.04.1987) ergeben. Durch das Gutachten des ehemaligen Verfassungsrichters Ernst Benda wurde die Quotierungsdebatte neu aufgerollt und die verbreitete Einstellung, daß eine positive Diskriminierung des benachteiligten weiblichen Geschlechts mit der Verfassung nicht vereinbar sei, dementiert. In der vierten Novelle des HRG wird erstmalig die "Beseitigung der für Wissenschaftlerinnene bestehenden Nachteile" als zentrale Aufgabe der Hochschule formuliert.

Das Land NRW reagierte recht schnell auf diese Entwicklungen und hat als erstes Bundesland die Frauenbeauftragte für alle Hochschulen gesetzlich verankert

(WissHG vom 20.-10.1987, 23a). Am 31. Oktober 1989 beschloß der Landtag das "Gesetz zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im öffentlichen Dienst", nach dem erstmals ausdrücklich Frauen bevorzugt eingestellt werden sollen, wenn sie in der angestrebten Laufbahn unterrepräsentiert sind. Daneben wurden an nordrhein-westfälischen Hochschulen innerhalb der letzten 4 Jahre 15 neue Frauenforschungsprofessuren, davon 8 allein 1988 im Rahmen des Fiebiger-Plans geschaffen; die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Frauenforschung in Bielefeld wurde mit einer wissenschaftlichen Mitarbeiterinnenstelle und die UG Essen mit einer Stelle für Frauenforschung und Frauenstudien (auf 5 Jahre befristet) ausgestattet.

Trotz dieser frauenpolitischen Maßnahmen ist der Anteil an Wissenschaftlerinnen relativ konstant geblieben, sank er sogar geringfügig 1985 von 4,7 % auf 1987 4,6% und in der Gruppe des wissenschaftlichen Mittelbaus stieg er nur geringfügig von 13,9 % 1985 auf 14,5 % im Jahr 1987. (Vgl. Forschungsbericht des MWF 1988, S. 116)

3.2 Konflikte

Diese Entwicklungen mögen einerseits etwas damit zu tun haben, daß sich die Landesregierung nur sehr zögerlich zu strukturell wirksamen Maßnahmen der Frauenförderung im Wissenschaftsbetrieb durchringen kann, andererseits zeigt sich aber auch, daß die Konfliktlinien in der Frauenpolitik durch diese Maßnahmen verschoben wurden und Durchsetzungsbarrieren entstanden sind, die unter diesen Bedingungen nur sehr schwer durchbrochen werden können.

Aufgrund des immer noch vorhandenen eklatanten Mißverhältnisses zwischen der großen Zahl qualifizierter WissenschaftlerInnen und der geringen Anzahl neu zu besetzender Stellen sowie den immer noch wirksamen Vorurteilen gegenüber Frauen im Wissenschaftsbetrieb, setzen sich informelle Ausgrenzungsformen durch: Frauen werden nicht mehr offen diskriminiert, sondern fachlich disqualifiziert, werden auf Berufungslisten nicht mehr plazierte oder durch Formulierung von Spezialqualifikationen - mitunter sogar während eines Berufungsverfahrens - aus einem Besetzungsverfahren genommen. Wissenschaftliche Hilfskraft- und Mittelbaustellen werden "unter der Hand" weiterhin überwiegend mit Männern besetzt, denn eine Ausschreibungspflicht besteht nicht. Dies sind nur einige Beispiele dafür, wo der Machtkampf zwischen den Geschlechtern immer subtiler wird und wo es auch für die Mitglieder des AK immer schwieriger wird, aufdeckend politisch tätig zu werden.

Neben dieser zwischen den Geschlechtern verschärften, weil versteckt auftretenden Machtauseinandersetzung, gibt es eine zweite Konfliktlinie, die verstärkt aufbricht, nämlich die Konkurrenz- und Machtauseinandersetzung zwischen Frauen. Seitdem es "etwas zu verteilen" gibt, muß sich der AK die Frage stellen, ob er es vertreten kann, daß die Stellen, für die er jahrelang gekämpft hat, auch von anderen Frauen, die nicht aus seinem Umfeld kommen, besetzt werden sollten. Hier entsteht der Konflikt zwischen AK-Frauen und Nicht-AK-Frauen, eine Unterscheidung und

Abgrenzung, die mit der Organisationsform des Arbeitskreises mit seiner nicht fest umrissenen Mitgliedschaft und dem Anspruch einer umfassenden frauenpolitischen Zielsetzung nicht ohne weiteres zu vereinbaren ist.

Auch zwischen AK-Frauen entstehen konflikthafte Auseinandersetzungen und Konkurrenzen. Sie sind deshalb so schwierig zu handhaben, weil Frauen mit einmal um etwas konkurrieren sollen, wofür sie z.T. ein Jahrzehnt lang gemeinsam gekämpft haben. Nicht nur die Kooperation und das solidarische Handeln in gemeinsam erfahrener Unterdrückung und Benachteiligung macht gerade das Umgehen mit dieser Konfliktebene so schwierig, sondern auch die in dieser Zeit entstandenen Freundschaften. Dies sind keine Einzelerfahrungen, sondern betreffen alle Frauen in irgendeiner Weise, zumindest diejenigen, die erwerbslos oder auf befristeten Stellen tätig sind. Sicherlich beeinflussen solche Entwicklungen auch das soziale Gefüge und das Klima des Arbeitskreises. Ein Umgehen mit dieser Situation zwischen Kooperation und Konkurrenz müssen wir erst neu lernen.

3.3 Ausblicke

Die vielfältigen Veränderungen, die sich in den letzten vier Jahren auf landes- und bundespolitischer Ebene in Fragen der Frauenförderung angekündigt haben, ließen etwas aus dem Blick geraten, daß der AK in dieser Zeit seine Aufmerksamkeit nicht nur der Verbesserung von Arbeitsmarktchancen für Frauen im bestehenden Hochschulsystem gewidmet hat. Zwar zaghaft, aber zielstrebig haben wir vom Verein "Wissenschaft und Frauenbewegung" auf die Einrichtung eines Frauenforschungsinstituts hingearbeitet, das 1988 eingerichtet wurde. Außerdem haben wir die Kooperation mit den kommunalen Frauenbeauftragten intensiviert und ein Hochschulmanifest erarbeitet. Kerngedanke des Manifestes ist die Idee einer Frauenhochschule von Frauen und für Frauen. Die Schaffung eines autonomen Frauenforschungsinstituts oder gar eine eigene Frauenhochschule stellt eine wichtige Alternativstrategie neben der angestrebten Veränderungen im traditionellen Hochschulsystem dar. Beide Strategien sind Teile eines gemeinsamen Weges, der das Ziel hat, allen Wissenschaftlerinnen die Möglichkeit zu geben, ihren Beruf auszuüben und der Forschungs- und Lehrtätigkeit von Frauen den gleichen Stellenwert einzuräumen wie der männlichen.

Literatur:

- Arbeitskreis der Wissenschaftlerinnen von NRW (Hg.): Memorandum und Dokumentation zur Situation von Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen von NW und Vorschläge zu ihrer Verbesserung. Dortmund (1980) 1981 2 (zitiert als MEMO I)
- ders.: Memorandum II des Arbeitskreises der Wissenschaftlerinnen von NRW 1984: Privilegiert und doch diskriminiert. Dortmund 1984 (zitiert als MEMO II). Zu beziehen über HDZ der Universität Dortmund, Rheinlanddamm 199, 4600 Dortmund
- ders.: Wissenschaftlerinnen-INFO Nr. 1 - 11, laufend erschienen, Dortmund 1982 - 1989
- Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes NRW (Hg.): Forschungsbericht 1988, Düsseldorf 1989
- ders.: Forschung in Nordrhein-Westfalen - Frauenforschung - Dokumentation. Düsseldorf 1988, S. 8 - 15
- Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen: Gesetz zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im öffentlichen Dienst (Frauenförderungsgesetz-FFG) vom 31. Oktober 1989. Gesetzes- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 51 vom 17.11.1989, S. 567
- Schlüter, Anne: Frauenförderung an den Hochschulen in der BRD. In: Verein feministische Wissenschaft (Hg.): Ebenso neu als kühn. 120 Jahre Frauenstudium an der Universität Zürich. Zürich 1988, S. 100 - 107
- Stahr, Ingeborg: Frauen und männliche Wissenschaft. In: Wissenschaftlerinnen am Arbeitsplatz Hochschule. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Vortragsreihe im Studium Generale an der Universität Hohenheim WS 1987/88. Hohenheim im September 1989, S. 11 - 30
- Zweiwochendienst: Frauen und Politik, Köln. H. 32/Mai 1989 und H. 33/Juni 1989